

Zukunft braucht Vernunft.

Am 9. Juni wählen wir das Tübingen von morgen. Wir Liberalen stehen für eine weltoffene Stadt und Region, in der wir die Probleme unserer Zeit tatkräftig anpacken. Mit Vernunft und Augenmaß. Mit Wirtschaft, Wissenschaft und Schaffenskraft.

In Zeiten der Krise, der wirtschaftlichen Instabilität und einer zunehmend unsicheren Haushaltslage müssen wir uns auf das konzentrieren, was uns als Stadt und Region weiterbringt. Statt ideologischen Illusionen nachzujagen, stellen wir Liberale die Pflichtaufgaben in den Mittelpunkt.

Liberaler Politik dient Chancen. Leistung, neue Ideen, Initiativen und Innovationen müssen sich lohnen - gerade auch im Klimawandel. Eine starke Universität, starke Unternehmen und erfolgreiche Gründer sind die besten Chancenmacher für krisenfeste, sinnstiftende Arbeitsplätze.

Dafür muss die Infrastruktur mehr leisten: Mehr Wohnungen, bessere Straßen und Bahnen und Internet an jeder Milchkanne. Eine digitalisierte Stadtverwaltung, die den Bürgern dient. Einfache Zugänge für Jung und Alt. Platz für Kreativität und Kultur. Und eine ideologiefreie Verkehrspolitik, die für Autofahrer, Radfahrer und Fußgänger gleichermaßen kämpft.

Und wir wollen, dass unsere Kinder in einer Stadt und Region aufwachsen, die wieder Freude am Fortschritt hat. Dazu investieren wir in bestmögliche Bildung und Betreuung unserer Kinder.

Das alles braucht gesunden Menschenverstand. Und einen Gemeinderat, der rechnen und langfristig investieren kann. Denn jeder Cent des Staates ist hart erwirtschaftetes Geld seiner Bürger. Zukunft braucht Vernunft. Und die FDP braucht Ihre Stimme!

1. Stadtentwicklung und Wohnen

Tübingen ist eine florierende Stadt mit hervorragender Lebensqualität, guten Betreuungs- und Pflegeangeboten, einer guten wirtschaftlichen Entwicklung und einer exzellenten Universität. Diese positiven Faktoren führen unweigerlich auch zu weiterem Bevölkerungszuwachs. Angesichts des Drucks auf dem Miet- und Wohnungsmarkt braucht Tübingen dringend mehr Wohnraum. Dabei spielt der Saiben eine wesentliche Rolle. Auch im Bereich Weiterverdichtung, Geschossausbau und Schluss von Baulücken gibt es noch Potentiale. Sowohl bei der Bebauung des Saibens als auch bei weiterer

Verdichtung ist der ökologischen Nachhaltigkeit ein hoher Stellenwert zuzumessen. Hieraus ergibt sich für das Wachstum der Stadt eine natürliche Grenze, die wir anerkennen müssen. Als Freie Demokraten treten wir auch deshalb schon lange dafür ein, dass Tübingen auch bei Fragen des Wohnraums enger mit den umliegenden Gemeinden kooperiert.

Für uns ist eine Lebensphasen übergreifende Wohnungsbaupolitik von großer Bedeutung. Sowohl beim studentischen Wohnen, Wohnraum für Familien, als auch beim altersgerechten Wohnraum hat sich in den letzten Jahren zu wenig getan. Eine vorausschauende Architektur bei Neubauten ist zwingend. Ein Umbau von vorhandenem Wohnraum in altersgerechten Wohnraum sollte, wo immer möglich, frühzeitig erfolgen. Aus liberaler Sicht gilt es, Wohnmodelle zu ermöglichen, die den unterschiedlichen Vorstellungen vom Leben im Alter Rechnung tragen: Generationenübergreifende Wohnprojekte, gemeinschaftliches Wohnen in verschiedensten Formen bis hin zu Senioren-WGs und Pflegewohngemeinschaften.

Unser Ziel ist es, in jedem Quartier der Stadt und in allen Teilorten kleinere Einheiten für Seniorenwohnen zu ermöglichen und gleichzeitig für die notwendige Infrastruktur zu sorgen. Idealerweise sollten dies Wohneinheiten sein, wo Betreuung - je nach Bedarf - von Pflegediensten, privat, von Mitbewohnern oder von Ehrenamtlichen geleistet werden kann und wo in unmittelbarer Nähe für einen eventuell höheren Pflegebedarf auch Pflegebetten zur Verfügung stehen. Eine große Chance sehen wir im Auf- und Ausbau von Begegnungsräumen, sogenannten "Dritten Orten". Mit den Stadtteiltreffs gibt es eine hervorragende maßgeblich von Ehrenamtlichen getragene Infrastruktur für Begegnung und Austausch. Sie sind einladend, offen, niederschwellig und kommunikativ und gut erreichbar.

2. Bildung und Betreuung

Bei der Kinderbetreuung möchten wir Freie Demokraten das Engagement unserer Stadt erhalten und ausbauen. Wir wollen es schnellstmöglich ermöglichen, die verkürzten Betreuungszeiten auszuweiten. Dazu wollen wir ein wirksames Konzept zur Gewinnung und Sicherung qualifizierten Personals erforderlich: Um das Arbeiten in Tübinger Kitas und Kindergärten attraktiver zu machen, ist u.a. eine Arbeitsmarktzulage denkbar, die steigenden Kosten des Wohnens in Tübingen ausgleichen kann.] Weil jedoch absehbar ist, dass die zur Verfügung stehenden Kräfte begrenzt sind, sollte die Stadt auch das elterliche Engagement verstärkt in den Blick nehmen und unterstützen. Mit den Stadtteiltreffs gibt es bestehende Strukturen, in denen eine gemeinschaftlich organisierte Betreuung durch die Eltern stattfinden kann. Die Stadt sollte diese

Konzepte unterstützen und gegebenenfalls Rechtssicherheit schaffen. Die FDP setzt sich dafür ein, dass Verbesserungen stets auch Tageseltern zugutekommen, um den Eltern bei der Betreuung ihrer Kleinen die Wahlfreiheit zu ermöglichen.

An den großen Grundschulstandorten wollen wir offene und flexible Ganztagsangebote zum Standard machen. In Absprache mit den Schulen können darüber hinaus einzelne Züge als verbindliche Ganztagszüge ausgestaltet werden. Bei den weiterführenden Schulen ist der Bedarf sorgfältig zu überprüfen.

Wir fordern eine zeitgemäße technische und digitale Ausrüstung der allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen. Ein Glasfaseranschluss aller Schulen ist daher unabdingbar.

3. Stadt und Kultur und Sport

Wir Freie Demokraten wollen der Kultur auch in Zukunft einen hohen Rang zumessen und dies bei der Kulturförderung deutlich machen. Denn sie ist ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität in Tübingen und ein Motor für Innovation und Kreativität. Beim Projekt „Ein Konzertsaal für Tübingen“ muss die künstlerische Qualität des Saales stets zweifelsfrei Vorrang haben, wenn es um die Abwägung zwischen den unterschiedlichen Standorten geht. Das kulturelle Leben in der Stadt ist gekennzeichnet durch eine beispielhafte Vielfalt und durch ein weit überdurchschnittliches ehrenamtliches Engagement verschiedenster Vereine und Initiativen. Die Stadt sollte Ihre Möglichkeiten nutzen, diese möglichst effektiv zu unterstützen, nicht nur monetär sondern auch durch einfache und schnelle Bearbeitung Ihrer Anliegen bei der Stadtverwaltung. Für diese wichtigen Säulen unserer Gesellschaft soll Bürokratie auf das absolute Mindestmaß reduziert werden. Städtische Räumlichkeiten sollten einfacher und flexibler für Sie nutzbar gemacht werden.

Wir Freie Demokraten halten eine höhere Wertschätzung der Ehrenamtlichen im Amateur- und Leistungssport sowie vor allem im Breitensport für dringend notwendig. Wer in seiner Freizeit anderen Menschen, insbesondere Menschen mit Behinderung sowie Kindern dabei hilft, sportlich tätig zu sein und eine Vorbildfunktion mit hohem persönlichem Einsatz übernimmt, hat die Anerkennung der Gesellschaft verdient.

5. Verkehr und Mobilität

Tübingen leidet unter einer ideologisierten Verkehrspolitik. Manche wollen alle zum Radfahren bewegen. Andere glauben, dass jeder überall mit dem Auto hinfahren muss.

Fußgänger wurden in den letzten Jahren häufig vernachlässigt. Ob Fahrrad, Auto oder zu Fuß - wir wollen ein tragfähiges Gesamtkonzept.

Wir wollen die hohe Nutzung des Umweltverbunds (zu Fuß, Rad, Bus) im städtischen Binnenverkehr stärken und ausbauen. Dazu müssen diese Verkehrsträger besser zusammenwirken, zum Beispiel über eine verbesserte Mitnahmemöglichkeit von Fahrrädern auf Bergstrecken. Eine weitere Förderung des Radverkehrs setzt jedoch voraus, dass das Gebot gegenseitiger Rücksichtnahme strikt beachtet wird, besonders von Radfahrern gegenüber Fußgängern. Das Schlagwort vom „ÖPNV umsonst“ lehnen wir ab, da sich dieses Konzept nur durch Umschichtungen im Haushalt und durch erhöhte Grund- und Gewerbesteuer finanzieren lässt und somit gerade nicht „umsonst“ zu haben ist. Beim ÖPNV steht für uns Qualität und Zuverlässigkeit im Fokus. Die Schaffung eines Radwege- und Radschnellwegenetzes im Landkreis ist zu begrüßen, muss aber zwingend durch ein Fußwegekonzept ergänzt werden. Wir setzen uns u.a. dafür ein, Elektroladestationen mit gängigen Anschlüssen und adäquater Ladeleistung an kommunalen Parkhäusern und anderen geeigneten Schwerpunkten bereitzustellen, um möglichst bald ein dichtes Netz von Ladestationen zu gewährleisten. Besonderer Fokus sollte aber auch darauf liegen, die Infrastruktur so auszubauen, dass der private Ausbau von Ladeinfrastruktur nicht weiter ausgebremst wird. Wir wollen den ÖPNV und die Fahrzeugflotten bei Ämtern und kommunalen Betrieben zügig mit lokal emissionsfreien Fahrzeugen ausstatten. Auch Sharing-Modelle sollen weiterhin ein Baustein im Mobilitätsangebot sein. Gerade in den Teilorten hat die Einführung von Parkgebühren zu Verwerfungen geführt. Wir fordern ein faires Kurzzeitparken und eine vollständige Digitalisierung und Vereinfachung der Bewohnerparkberechtigung. Diese soll sich nur auf Kennzeichen beziehen und ohne zusätzlichen Ausweis auskommen. Wir freuen uns, dass der Ausbau der B28 zwischen Tübingen und Rottenburg endlich läuft und erhoffen uns entsprechende Fortschritte für die zwei anderen großen Baumaßnahmen an Bundesstraßen: den Schindhaubasistunnel im Süden Tübingens und die Umfahrung Ofterdingens im Zuge des Ausbaus der B27. Nach der Ablehnung der Innenstadtstrecke der Regionalstadtbahn, muss endlich schneller eine Entlastung für die Einpendler geschaffen werden.

5. Wirtschaft, Nachhaltigkeit und Digitalisierung

Die wissensbasierte Wirtschaft ist der Zukunftsträger für Tübingen und die Region. Wir setzen uns deshalb mit Nachdruck für eine Kooperation mit Gemeinden des Umlands nach dem Vorbild der Technologieförderung Reutlingen/Tübingen oder des Gemeinsamen Wirtschaftsgebiets Tübingen/Reutlingen/Kusterdingen ein. Wir

unterstützen auch das Ziel, im Rahmen der Cyber-Valley-Initiative eine europäische Spitzenposition in der KI-Forschung zu erreichen. Wir möchten die Forschung näher mit Start-Ups und mittelständischen Unternehmen zusammenbringen, um mehr Innovationen in Zukunftsbranchen wie z.B. dem Gesundheitswesen oder der Mobilität zu ermöglichen. Die Gewinnung und Bindung von Fachkräften ist eine zentrale Herausforderung für die Tübinger Wirtschaft. Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür verbessern, dass Fachkräfte in Tübingen bleiben oder hierher kommen. Unternehmen und andere Arbeitgeber müssen sich auf die Kernkompetenzen konzentrieren können, anstatt durch unnötige Bürokratie und lange Bearbeitungszeiten ausgebremst zu werden.

Wir Freie Demokraten wollen die Tübinger Innenstadt als lebendiges und attraktives Zentrum für Wohnen, Arbeiten und Freizeit erhalten und weiterentwickeln. Dafür müssen aus der Zeit gefallene und planwirtschaftliche Regelungen der Innenstadtsatzung abgeschafft werden. Beispielsweise Beschränkungen für zusätzliche Gastronomiebetriebe. So können wir den Leerstand reduzieren und auch den bestehenden Einzelhandel unterstützen.

Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sind für uns Freie Demokraten wichtige Leitfäden. Auch die kommenden Generationen sollen noch Gestaltungsspielräume haben. Zum flächendeckenden Erhalt der Artenvielfalt setzen wir auf das erfolgreiche Konzept der Biotopvernetzung. Wir halten dies für das am besten geeignete Modell, um die sichtbar zurückgegangene Biodiversität aktiv wieder aufzubauen und dauerhaft zu schützen. Deshalb möchten wir geeignete ungenutzte Flächen in der Stadt und in der direkten Umgebung in funktionsfähige Biotope umwandeln und Anreize dafür schaffen, dass auch private Grundeigentümer einen Teil ihrer Flur zur Nutzung als „Trittsteine für die Artenvielfalt“ bereitstellen.

Wir Freien Demokraten setzen uns für eine flächendeckende symmetrische Verfügbarkeit von Breitbandanschlüssen (Glasfasernetz und moderne Mobilfunk-Standards) ein. Die Stadtwerke sollten beim Ausbau des Glasfasernetzes entschiedener vorgehen. Behördengänge sollen zukünftig auch online erledigt werden können. Dies ist eine Chance zu Verwaltungsmodernisierung, Bürokratieabbau und Reduzierung von Verwaltungskosten. E-Government kann zu mehr Transparenz und aktiverer Teilnahme an kommunalen Entscheidungsprozessen führen und das Bürgerinteresse am kommunalen Leben verstärken.

Wir wollen das Informationsfreiheitsgesetz auf kommunaler Ebene konsequent umsetzen und sicherstellen, dass über ein entsprechendes Portal der Stadt ein

erleichterter Zugriff auf Daten gewährleistet wird, die für die Bürger zugänglich sind (Open Data).

6. Migration und Integration

Wir Freie Demokraten bekennen uns zum Grundrecht auf Asyl und zur humanitären Verantwortung gegenüber Menschen in Not. Wir begrüßen Zuwanderung als Chance für unser Land und sehen Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Aber Integration ist keine Einbahnstraße. Von Flüchtlingen erwarten wir die Bereitschaft, sich aktiv in unsere Gesellschaft einzugliedern. Dazu gehören das Erlernen der deutschen Sprache, die Akzeptanz unserer Werte und die Bereitschaft zur Arbeit. Deshalb setzen wir uns dafür ein, das Angebot an Sprachkursen für Flüchtlinge zu erweitern und eine frühe Förderung der Kinder in Kitas und Kindergärten zu ermöglichen. Wir machen uns stark dafür, dass den Kommunen grundsätzlich nur Flüchtlinge mit einer positiven Bleibeperspektive zugewiesen werden. Diejenigen, bei denen eine Rückführung geboten ist, sollen in den zentralen Unterbringungseinrichtungen der Länder verbleiben. Geflüchtete sollen schnell die Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Unnötige Bürokratie soll dabei verhindert werden, indem eine Arbeitserlaubnis grundsätzlich für einen Geflüchteten erteilt würde und nicht für jede Arbeitsstelle. Die Stadt kann die Integration weiter vereinfachen, indem sie Patenschaftsmodelle mit der Nachbarschaft von Flüchtlingsunterkünften unterstützt und den Austausch zwischen den Ausländerbehörden und der lokalen Wirtschaft aktiv fördert. Die einheitliche Bezahlkarte für Flüchtlinge sollte in Tübingen schnellstmöglich genutzt werden. Es ist zu prüfen, inwiefern Asylsuchende in Tübingen zu gemeinnütziger Arbeit gemäß §5 des Asylbewerberleistungsgesetzes herangezogen werden können, wenn keine Perspektive auf eine schnelle Vermittlung in reguläre Arbeit besteht.

7. Haushalt und Prioritätensetzung

Die Stadt Tübingen hat fast 340 Millionen Euro Einnahmen. Gleichzeitig sind die Straßen, Wege und Treppen in marodem Zustand, bei Infrastruktur, Schulen und Kindergärten gibt es einen Investitionsstau. Das liegt daran, dass die Stadt Tübingen wohlmeinend über die letzten Jahre sehr viele freiwillige Aufgaben übernommen hat, ihre Kernaufgaben dafür aber immer mehr in den Hintergrund gerückt sind. Tübingen hat sich damit sowohl finanziell als auch organisatorisch überhoben.

Schon in unserem letzten Kommunalwahlprogramm hatten wir gefordert, dass es einer grundlegenden Trendwende in der Finanzpolitik der Stadt bedarf. Seither hat sich die

finanzielle Lage der Stadt sowohl durch äußere Einflüsse, als auch durch mangelnde Prioritätensetzung massiv verschlechtert.

Zunächst haben sich die finanzpolitischen Spielräume durch die Einführung der neuen Buchführungsvorschriften für die Kommunen erheblich verkleinert. Die verbesserte Haushaltswahrheit und -klarheit zwingt die Stadt auch die Abschreibungen, also den Wertverlust der Investitionen im Haushalt abzubilden. Corona und der Ukraine krieg und die gesamtwirtschaftliche Lage haben zu einer Dämpfung der Einnahmenentwicklung geführt.

Aber der wichtigste Auslöser der Haushaltskrise ist hausgemacht. Die Mehrheit des Gemeinderats war nicht willens, Prioritäten zu setzen, weshalb sich der Haushalt der Stadt Tübingen in den letzten Jahren immer noch weiter aufgebläht hat.

Der Konsens der Gemeinderatsmehrheit mit Bürgermeister Palmer, die Entscheidungen zu den notwendigen Kürzungen hinter die Wahl zu schieben, halten wir für eine skandalöse Augenwischerei. Auch deshalb haben wir dem Haushalt nicht zugestimmt. Die Verzögerung bei der Konsolidierung des Haushalts kommt die Bürgerinnen und Bürger am Ende teurer und ist lediglich taktisch motiviert. Als Freie Demokraten haben wir keine Angst davor, offen zu sagen, dass gespart werden muss. Tübingen braucht eine solide Haushaltsplanung, um die Handlungsfähigkeit zu sichern und nachfolgende Generationen nicht über Gebühr zu belasten. Dazu gehört es, Prioritäten zu setzen. Insbesondere einen kritischen Blick auf den Umsetzungsgrad der Pflichtaufgaben. Diese müssen nicht nur rechtlich, sondern auch tatsächlich vor der Erfüllung von freiwilligen Leistungen der Stadt stehen.

Durch die Änderung der Berechnung der Grundlage der Grundsteuer steht eine Anpassung des Hebesatzes an. Als Freie Demokraten stehen wir zu dem Versprechen, dass diese Anpassung möglichst aufkommensneutral gestaltet werden sollte. Wir werden keiner verdeckten Steuererhöhung zustimmen. Hiervon würden nicht nur die Eigentümer, sondern mittelbar auch alle Mieter betroffen.

Weiterführende Positionen finden Sie im [Kommunalwahlprogramm](#) der Freien Demokraten Baden-Württemberg.